

Bensberger Marktgalerie:**Endlich geht es los!****HOFFEN AUF STABILITÄT****Bürgermeister Lutz Urbach**

Wir haben eine für deutsche Verhältnisse recht langwierige Regierungsbildung erlebt. Welche Stimmungen haben Sie in den letzten Monaten durchlebt?

„Na ja, dieser schwierige Prozess hat schon arg an meinem Gedulds-Potenzial genagt. Um es vorweg zu sagen: Ich bewundere die Disziplin, den Durchhaltewillen, den Weitblick, auch die Nehmer-Qualitäten, mit der sich all die Wochen über unsere CDU-Bundesvorsitzende in dieser Gemengelage unterschiedlichster Erwartungen verhalten hat. Während viele andere Volksvertreter – meist aus der zweiten und dritten Reihe – ständig die Mikrophone suchten, um das zunehmend genervte Publikum mit mehr oder weniger gehaltvollen Infos zu beglücken, verhielt sich Angela Merkel stets zurückhaltend. All die Kritiker der vorliegenden Verhandlungsergebnisse frage ich nach der Alternative. Keine Koalition? Neuwahlen? Mäkeln ist so leicht. Unsere Kanzlerin hat nach dem richtigen Grundsatz gehandelt: Erst der Staat, dann die Partei! Natürlich ist mir auch unsere Staatsform einer ‚Repräsentativen Demokratie‘ in den Sinn gekommen. Meine Meinung: Es ist höchst fragwürdig, dass eine Minderheit von Parteimitgliedern final über das Zustandekommen einer Bundesregierung befindet. Man denke nur, alle Parteien würden sich das so herausnehmen. Doch nun sollte wieder der Blick nach vorne gerichtet werden.“

Neue Bundesregierung: Viel Gutes für die Kommunen geplant!

Liebe Leserinnen und Leser,

fünfeinhalb Monate musste Deutschland warten – nun hat jeder der drei Koalitionäre dem Koalitionsvertrag zugestimmt und den Weg für eine neue Bundesregierung freigemacht. Was wurde in den vergangenen Monaten nicht alles in einen großen Topf geworfen und unter Rühren kräftig erhitzt: Die inhaltlichen Verhandlungsergebnisse im Koalitionsvertrag, die Aufteilung der Ministerien, die zukünftige Ausrichtung unserer Partei mit ihren konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln sowie nicht zuletzt die Verjüngung des Kabinetts und unserer Parteigremien. Diese Fragen zu diskutieren, ist richtig und war in Teilen sogar überfällig. Doch nützt es in meinen Augen nichts, all diese Fragen gemeinsam zu einem zähen Brei zu zerkothen, in dem alles miteinander vermengt ist.

Voller Zuversicht

Als Delegierter der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis habe ich am CDU-Bundesparteitag in Berlin teilgenommen und dort dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Auch wenn mir persönlich ein paar Vorhaben im Vertrag fehlen, beispielsweise dass unser Rentensystem endlich angepackt und nachhaltig auf neue Beine gestellt wird, so überwiegt für mich deutlich das Positive. Insbesondere aus kommunaler Sicht ist – wie Sie auf den folgenden Seiten lesen können – viel Gutes geplant. Und

auch wenn die CDU die Führung des Finanzministeriums abgeben musste – was schmerzt – so sind die „schwarze Null“ und das Verhindern einer „Europäischen Schuldenunion“ vereinbarte Sache!

Diskussion um Erneuerung

Mit neuen Köpfen im Kabinett findet auch die gewünschte Erneuerung in unserer Führungsspitze statt. Und mit Annegret Kramp-Karrenbauer als neuer Generalsekretärin werden wir in einen umfassenden Diskussionsprozess auf allen Ebenen, Gliederungen und Vereinigungen der CDU zur zukünftigen Ausrichtung unserer Partei starten, an dessen Ende ein neues Grundsatzprogramm stehen wird. Somit stehen die drei Begriffe „Aufbruch“, „Dynamik“ und „Zusammenhalt“ für mich nicht nur auf dem Deckblatt des Koalitionsvertrages, sondern auch für unser eigenes Engagement in den kommenden Jahren.

In diesem Sinne – kommen Sie mit Lebensfreude ins Frühjahr!

Es grüßt Sie von Herzen

Ihr Christian Buchen
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU-Stadtratsfraktion



Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung im Blick:

Ohne solide Finanzausstattung der Kommunen ist kein Staat zu machen!

Endlich! Nach einem halben Jahr der Unsicherheiten kann die neue Bundesregierung nun Fahrt aufnehmen. Grundlage des Handelns ist der von den alten und neuen Koalitionspartnern von CDU/CSU und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag mit der Überschrift „Ein neuer Aufbruch für Europa – Eine neue Dynamik für Deutschland – Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“. Bemerkenswert: Die Kommunen erfahren in dem 177 Seiten umfassenden Vertragswerk mit Blick auf die Themen Bildung, Integration von Flüchtlingen, aber vor allem im Abschnitt „Lebenswerte Städte, attraktive Regionen und bezahlbares Wohnen“ eine starke Gewichtung. Offenbar wird von den Koalitionären uneingeschränkt der Grundsatz bejaht, dass ohne eine starke Selbstverwaltung der Kommunen mit solider Finanzausstattung kein Staat zu machen ist. Aus den nachfolgenden Passagen des Koalitionsvertrages für die kommende Legislaturperiode werden aber auch Pflichten deutlich.

Unter der Überschrift „Allgemeine Bildung und Schulen“ heißt es auf der Seite 28: „Wir werden ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter ermöglichen. Wir werden deshalb einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder im Grundschulalter schaffen. Dafür werden wir gemeinsam mit den Ländern die Angebote so ausbauen, dass der Rechtsanspruch im Jahr 2025 erfüllt werden kann. Der Bund stellt für Investitionen in Ganztagsschul- und Betreuungsangebote

zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs werden wir auf Flexibilität achten, bedarfsgerecht vorgehen und die Vielfalt der in den Ländern und Kommunen bestehenden Betreuungsmöglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe und die schulischen Angebote berücksichtigen und darauf aufbauen. Für die Ausgestaltung wollen wir das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII nutzen. Um diesen Rechtsanspruch bis 2025 zu verwirklichen, bedarf es konkreter rechtlicher, finanzieller und zeitlicher Umsetzungs-

schritte, die wir in einer Vereinbarung von Bund und Ländern unter Einbeziehung der kommunalen Spitzenverbände festlegen werden. Dabei wird der Bund sicherstellen, dass insbesondere der laufenden Kostenbelastung der Kommunen Rechnung getragen wird.“

Integrationsarbeit: Erfolgskontrolle und finanzielle Anreize

In den Koalitionsvereinbarungen geht es im Thema „Zuwanderung steuern – Integration fördern und unterstützen“ um die „gelingende



Der 30. Bundesparteitag der CDU am 26. Februar in Berlin, bei dem der Koalitionsvertrag diskutiert und mit großer Mehrheit verabschiedet wurde: Unter den weit über 1.000 Teilnehmern waren die beiden Bergisch Gladbacher CDU-Fraktionsmitglieder Christian Buchen (l.) und Lennart Höring (r.) sowie der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Rheinisch-Bergischen-Kreis, Dr. Hermann-Josef Tebroke (m).



Die Koalition verspricht Entlastung für die Kommunen bei der Integrationsarbeit; CDU-Flüchtlingsexpertin Mechtild Münzer hofft auf Taten.

Integration“ als eine Aufgabe, die in vorderster Linie die Kommunen zu stemmen haben. Auf Seite 106 sind folgende Aussagen bemerkenswert: „Die vielfältigen Integrationsmaßnahmen werden wir in einer bundesweiten Strategie nach dem Grundsatz ‚Fordern und Fördern‘ bündeln, größere Transparenz in das Geflecht der bestehenden Integrationsmaßnahmen bringen, die Koordinierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen deutlich verbessern und durch eine effizientere Wahrnehmung der bestehenden Zuständigkeiten erreichen. Wir wollen mehr Erfolgskontrolle und werden dazu Integrationsforschung und -messung im Sinne eines echten Integrationsmonitorings intensivieren, um die Erfolge der Integrationspolitik sichtbar zu machen und Fehlentwicklungen frühzeitig zu korrigieren.“

„Wir stellen die weitere Finanzierung der laufenden Maßnahmen zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei den Flüchtlingskosten (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) in den Jahren bis 2021 mit insgesamt weiteren acht Milliarden Euro sicher und gestalten sie gemeinsam, wo erforderlich, effizienter neu aus. Wir prüfen zusätzliche finanzielle Anreize bei freiwilligem Engagement von Kommunen für erfolgreiche Integrationsarbeit.“

Zum Thema Verteilung von ankommenden Flüchtlingen wird unter der Überschrift „Effizientere Verfahren“ betont: „Wir streben an, nur diejenigen auf die Kommunen zu verteilen,

bei denen eine positive Bleibeproggnose besteht. Alle anderen sollen, wenn in angemessener Zeit möglich, aus diesen Einrichtungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden.“

Wohnraumoffensive

Die Koalitionäre sind sich bewusst, dass es einen großen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum gerade in wachsenden Städten und Ballungsräumen gibt. Auf den Seiten 109 und 110 sind folgende Vorhaben formuliert: „Wir werden im Rahmen eines ‚Wohngipfels 2018‘ mit Ländern, Kommunen, Vertretern der Bau- und Immobilienwirtschaft, der Mieter- und Vermieterverbände und der Gewerkschaften Eckpunkte eines Gesetzespaketes ‚Wohnraumoffensive‘ vereinbaren...“

„Wir werden nach einer verfassungsrechtlichen Prüfung den Kommunen durch Schaffung der rechtlichen Grundlagen die Möglichkeit einräumen, die Baulandmobilisierung durch steuerliche Maßnahmen zu verbessern. Durch die Einführung einer Grundsteuer C ermöglichen wir den Städten und Gemeinden die Möglichkeit, die Verfügbarmachung von Grundstücken für Wohnzwecke zu verbessern.“

„Wir wollen ermöglichen, dass die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Ländern und Kommunen zu Zwecken der sozialen Wohnraumförderung bundeseigene Grundstücke rechtssicher und im beschleunigten Verfahren zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung stellen kann. Die bestehende Erstzugriffsoption für Kommunen soll

im Haushaltsgesetz des Bundes auf alle enteigneten Liegenschaften des Bundes ausgeweitet werden.“

„Wir werden die Kommunen bei der Aktivierung von Bauland und Sicherung bezahlbaren Wohnens unterstützen und streben dazu weitere Verbesserungen im Bauplanungsrecht an...“

„Der soziale Wohnungsbau muss mindestens auf heutigem Niveau und langfristig verstetigt werden. Dafür ist es erforderlich, dass der Bund auch in Zukunft gemeinsam mit den Ländern Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung übernehmen kann. Falls erforderlich wird dazu eine Grundgesetzänderung vorgenommen. Ungeachtet dessen werden wir in den Jahren 2020/2021 mindestens zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zweckgebunden bereitstellen.“

„Die Mietpreisbremse wird frühzeitig bis Ende 2018 auf Geeignetheit und Wirksamkeit bewertet.“

Stadtentwicklung und Baukultur

Auch bei der Stadtentwicklung sind in dem Koalitionsvertrag feste Ziele fixiert: „Wir werden mit den Ländern die der Städtebauförderung zu Grunde liegenden Grundvereinbarungen neu verhandeln und wollen dabei den Verfügungsrahmen für gewährte Mittel der Städtebauförderung verlängern.“

„Zur Vorbereitung einer Weiterentwicklung der Städtebauförderung wollen wir Modellprojekte gemeinsam mit einzelnen, un-

terschiedlich großen Kommunen realisieren, die beispielhaft Modernisierungs- und Anpassungsstrategien für den klimagerechten Umbau, Infrastruktur für neue Mobilitätsformen, für Nachverdichtung und Nebeneinander von Sport, Wohnen, Freizeit und Gewerbe und den sozialen Zusammenhalt entwickeln.“

„Vor allem zur Unterstützung von Wohnungsbau prüfen wir die Sanierung und Herrichtung von Industriebrachen als eigenen Förderschwerpunkt.“

Stabile Finanzen für die Kommunen

Die Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommunen wird so betont: „Die grundgesetzlich garantierte Selbstverwaltung sichert den Kommunen die Handlungsfreiheit. Staatliche Leistungen müssen deshalb auch auf der kommunalen Ebene auskömmlich finanziert sein. Es gilt der Grundsatz: Wer eine Leistung veranlasst, muss für ihre Finanzierung aufkommen (‘Wer bestellt, bezahlt‘). Das ist Grundsatz allen politischen Handelns der Koalitionspartner.“

„Wir werden alle bisher kommunal entlastend wirksamen Finanzprogramme fortführen, sicherstellen und zweck- und bedarfsgerecht anpassen. Dazu gehören u.a. die Städtebauförderung sowie die bisherigen Programme im Zusammenhang mit Flucht, Zuwanderung und Integration.“ Die kommunalen Steuerquellen werden wir sichern. Die Grundsteuer ist eine unverzichtbare Einnah-

mequelle der Kommunen. Diese wird unter Beachtung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, der Sicherung des derzeitigen Aufkommens sowie unter Beibehaltung des kommunalen Hebesatzrechtes neu geregelt. Durch Schaffung einer Grundsteuer C schaffen wir für die Gemeinden die Möglichkeit, die Verfügbarmachung von bebaubaren Grundstücken für Wohnbauzwecke zu verbessern.“

„Wir werden die Städtebauförderung fortsetzen und mit Blick auf die Förderung von strukturschwachen Regionen, einer Stärkung von interkommunalen Kooperationen und Stadt-/Umlandpartnerschaften weiterentwickeln. Ein Schwerpunkt liegt dabei – unter Berücksichtigung der ländlichen Region – auf der Belebung von Orts- und Stadtkernen.“

Neue Mobilitätsangebote

Auch Veränderungen im Mobilitätsverhalten sind Ziele der Großen Koalition: „Wir wollen die individuelle Mobilität der Menschen stärken, neue Angebotsformen zur Verbesserung des Mobilitätsangebots im ländlichen Raum unterstützen und diese mit Pilotprojekten erproben.“

„Wir werden das Personenförderungsrecht modernisieren und die Rahmenbedingungen für den öffentlichen Verkehr und neue Bedienformen im Bereich geteilte Nutzungen (Ride Pooling) an die sich ändernden Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und neue technische Entwicklungen anpassen. Neue plattformbasierte digitale Mobili-

tätsangebote brauchen eine rechtssichere Grundlage für ihre Zulassung. Dabei achten wir darauf, dass ein fairer Ausgleich (level playing field) zwischen den unterschiedlichen Beförderungsformen gewahrt bleibt. Kommunen müssen entsprechende Steuerungsmöglichkeiten erhalten. Gute soziale Rahmenbedingungen zum Schutz der Beschäftigten sind für uns dabei zentrale Voraussetzungen. Sowohl der Taxi- wie auch der Mietwagenbetrieb soll von regulatorischen Entlastungen profitieren.“

Den ÖPNV ausbauen

„Für einen attraktiven und in die Zukunft gerichteten ÖPNV wollen wir digitale Informations- und Vertriebssysteme fördern. Neue Mobilitätsangebote sowie moderne Bedienformen und der ÖPNV müssen sich bestmöglich ergänzen.“

„Wir wollen die Mittel für den Radverkehr als Testlauf aufstocken. Wir wollen damit in den Radwegebau investieren und die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit die Radwege unabhängig vom Verlauf der Bundesstraßen geführt werden können.“

„Wir werden die Straßenverkehrsordnung mit dem Ziel der Radverkehrsförderung überprüfen und gegebenenfalls fahrradgerecht fortschreiben – einschließlich einer Innovationsklausel für örtlich und zeitlich begrenzte Pilotprojekte. Wir wollen den Nationalen Radverkehrsplan 2020 fortschreiben.“



Koalitionsvertrag: Der weitere Ausbau von Radwege-Netzen soll gefördert werden. Auch der ÖPNV soll weiter aufgewertet werden.

Birgit Bischoff, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Stadtratsfraktion:

„Den Pakt für die Kultur in Bergisch Gladbach mit Leben füllen und zum Erfolg führen!“

Bergisch Gladbach hat in Sachen Kultur eine Vielzahl von attraktiven Angeboten. Ein „Pakt für die Kultur“ – unter dieser Überschrift will sich die CDU-Fraktion für Nachhaltigkeit auf diesem Gebiet einsetzen. „Dieses gemeinsame Bekenntnis empfinde ich als einen wichtigen Schritt nach vorne“, unterstreicht die CDU-Kulturexpertin:

Birgit Bischoff, das Thema Kultur steht im laufenden Jahr 2018 auf der Agenda der Fraktionsarbeit. Was steckt hinter dem Leitgedanken „Pakt für die Kultur in Bergisch Gladbach“?

„Zunächst einmal ein grundsätzliches Bekenntnis zu unseren städtischen Kultureinrichtungen. Denn sie bieten nicht nur ein vielseitiges Kultur- und Bildungsprogramm, sondern bilden auch wichtige Schnittstellen zu den vielen freien Kulturschaffenden in Bergisch Gladbach. Beim Pakt für die Kultur geht es darum, Museen, Büchereien, Musikschule, Kulturbüro, den Bergischen Löwen für die nächsten Jahre so aufzustellen, dass nicht mehr die jährlichen Sparrunden im Fokus stehen, sondern die Evaluierung der jeweils geleisteten kulturellen Arbeit. Es soll eben ein richtiger Pakt sein, bei dem die Einrichtungen finanziell besser ausgestattet werden und mehr Planungssicherheit erhalten, um konzeptionell arbeiten zu können. Im Gegenzug sollen sie im Vorfeld verhandelte Zielvorgaben – inhaltlich und monetär – einhalten, die regelmäßig evaluiert werden.“



Bedeutet das, dass Kultureinrichtungen künftig regelmäßig nachvollziehbare Leistungsnachweise erbringen sollen? Ist das nicht zu viel an Kontrolle?

„Nein, keineswegs. Die Politiker im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport werden ja bereits jährlich ausführlich über die Aktivitäten der Kultureinrichtungen informiert, aber es fehlt an einem geeigneten Kennzahlensystem für jede Einrichtung, das sowohl qualitative Kriterien als auch quantitative Kriterien miteinander kombiniert. Nur so lässt sich auf Dauer ein Zielerreichungsgrad messen. Es gibt übrigens schon einige Städte, die ihre Kultureinrichtungen wie Unternehmen steuern. Und warum auch nicht? Nur, weil die Leistung von Kultureinrichtun-

gen eine kreative ist, heißt das noch lange nicht, dass dahinter nicht eine straffe Organisation stehen kann, die ihre Ressourcen wirtschaftlich einsetzt. Professionell geführten Einrichtungen gelingt es im Übrigen auch besser – entweder selbst oder über ihre Fördervereine – einen festen Sponsorenstamm aufzubauen, der ihnen mehr Gestaltungsfreiraum gibt.“

Was ist demnach erforderlich, um das kulturelle Angebot in Bergisch Gladbach zu sichern, welche Einrichtungen sind unstrittig, welche gehören auf den Prüfstand?

„Wir gehen nicht mit der Absicht in die Gespräche, eine Einrichtung zu schließen, um so die anderen retten zu können, um dann doch nur so weiterzumachen wie bisher. Wir möchten alle Kultureinrichtungen erhalten, aber sie nach einem wirtschaftlicheren Prinzip geführt sehen, das mehr Akquisition privater Gelder, ein maßgeschneidertes Erfolgscontrolling und auch eine bessere finanzielle Ausstattung seitens der Stadt vorsieht. Wir sind optimistisch, dass wir ein gutes Papier zustande bringen – mit dem Ziel, für diesen Kultur-Pakt eine breite Zustimmung zu erzielen. So wichtig die Verkehrsplanung, der Bau von neuen Wohnungen, die Modernisierung unserer Innenstadt ist – zu einer gelingenden Stadtentwicklung gehört nach meiner festen Überzeugung auch ein zeitgemäßes Kulturangebot. Dafür gilt es jetzt, den ‚Pakt für die Kultur‘ mit Leben zu füllen.“



Auch die Städtische Max-Bruch-Musikschule braucht mehr Planungssicherheit.

CDU-Fraktionsvorsitzender Michael Metten begrüßt ÖPNV-Taktverdichtung

„Wir brauchen einen ausgewogenen Verkehrsmix“

Die Verkehrspolitik hat für die CDU-Stadtratsfraktion im laufenden Jahr 2018 oberste Priorität. Ziel ist es, im gesamten Stadtgebiet die Weichen für sinnvolle Mobilitätsformen zu stellen. Großes Gewicht hat der weitere Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). In einer kürzlich veröffentlichten Presseerklärung sprach sich der Vorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Michael Metten, für einen „ausgewogenen Verkehrsmix“ in Bergisch Gladbach aus und gab damit die Richtung vor.

Neue Verkehrsvorhaben sollten die Bürgerinnen und Bürger mit Aufgeschlossenheit und der Bereitschaft zu Veränderungen aufneh-



men, empfiehlt der Fraktionsvorsitzende. Es sei die Aufgabe der Politik, Veränderungen einzuleiten und diese auch zu begründen. Dafür sollte intensiver als bisher über Verkehrslenkungsmaßnahmen und über den weiteren Ausbau des ÖPNV nachgedacht werden. Auch an der Schaffung eines attraktiven Radwege-



netzes sei festzuhalten. Michael Metten: „Es darf nicht dazu kommen, dass die einzelnen Verkehrsmittel, die wir alle brauchen, gegeneinander ausgespielt werden. Zudem benötigen wir dringend Konzepte, um neuralgische Verkehrssituationen in unserer Stadt zu entschärfen.“

Als einen „Weg in die richtige Richtung“ wertet Dr. Metten die vom Kreistag des Rheinisch-Bergischen Kreises Ende letzten Jahres beschlossene Taktverdichtung von insgesamt 30 Hauptlinien. Seit dem Start dieser ÖPNV-Qualitätsoffensive im Dezember letzten Jahres fahren auf den Hauptstrecken in den Hauptverkehrszeiten dreimal pro Stunde die Busse. Auch die Zubringerdienste zur Straßenbahn-Linie 1 haben sich deutlich verbessert. Die dafür eingesetzten Mehrkosten von 1,5 Millionen Euro pro Jahr seien eine gute Investition, hebt der Fraktionsvorsitzende hervor. Viele Verkehrsprobleme könnten nicht mehr isoliert gelöst werden. Insofern begrüßt Michael Metten die inzwischen gestarteten Arbeiten des Runden Tisches „Verkehr im Rechtsrheinischen“.



Mein schönes Bergisch Gladbach

Schloss Bensberg lässt sich von vielen Aussichtspunkten bestaunen. „Mir geht immer das Herz auf, wenn ich – von Moitzfeld kommend – die Wipperfürther Straße befahre und dann in Höhe der Feuerwache diesen mächtigen Barockbau in den Blick bekomme“, schwärmt **CDU-Stadträtin Mechtild Münzer, Flüchtlings- und Migrations-Expertin und Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses**. Als Bensbergerin kennt die CDU-Politikerin, die für den Wahlkreis Lückerrath zuständig ist, die wechselvolle Geschichte dieses imposanten Gebäudes, das im frühen 18. Jahrhundert auf Veranlassung von Graf Johann Wilhelm II. als Jagdschloss erbaut wurde. Später war es dann auch Lazarett, Kadettenanstalt, eine Kaderschmiede im Nationalsozialismus, danach Obdachlosenunterkunft, Domizil für die Besatzungsmächte, ein belgisches Gymnasium. Mechtild Münzer hat ganz spezielle Erinnerungen an das Schloss: „Von 1993 bis 1997 waren hier Flüchtlinge, zumeist Schwarzafrikaner, untergebracht, die ich mit betreut habe.“ Das Schloss sei in dieser Zeit in einem schlimmen Zustand gewesen „Keine Küche, unzureichende sanitäre Einrichtungen, dunkle Gänge und Zimmer“, listet die engagierte Christdemokratin auf. Deshalb hätten Container im Innenhof mit Toiletten, Duschen und Kochmöglichkeiten aufgestellt werden müssen. Heute ist das Schloss nach kostspieliger Restaurierung ein 5-Sterne-Hotel.



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 1 · 51465 Bergisch Gladbach
T: 02202 14-2218 · F: 02202 14-2201 · fraktion@cdu.gl

REDAKTION:

Josef Schlösser (Leitung), Petra Holtzmann,
Lennart Höring (V.I.S.D.P.)

SATZ / LAYOUT: element 79, Bergisch Gladbach

DRUCK / VERSAND: ICS Druck, Bergisch Gladbach

FOTOS: Manfred Esser (1), Josef Schlösser (9), privat (2)

AUFLAGE: 2.000 Stück

AKTUELLE INFORMATIONEN: www.cdu.gl/fraktion

FOLGEN SIE UNS: [www.twitter.com/cdugl](https://twitter.com/cdugl)

DISKUTIEREN SIE MIT UNS: www.facebook.de/cdugl